

Illegale Migration aus Lateinamerika nach Europa

Vor dem Hintergrund, dass die Prävention und Bekämpfung illegaler Einwanderung seit Jahren im Fokus migrationspolitischer Debatten steht, hat das Europäische Parlament am 18. Juni dieses Jahres den Vorschlag der Kommission für eine „**Richtlinie über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger**“ [[KOM\(2005\)0391](#) – C6-0266/2005 – [2005/0167\(COD\)](#)] gebilligt. Festgelegt wird darin unter anderem, dass illegale Migranten Europa nach einer Abschiebehaft von bis zu 18 Monaten, gegebenenfalls unter Verhängung eines fünfjährigen Einreiseverbots, verlassen müssen.

Der Richtlinienentwurf hat heftige Proteste in Lateinamerika hervorgerufen und die Thematik der Migration aus einer Gegend in das öffentliche Bewusstsein gerückt, die noch bis Mitte der 70er Jahre selbst eine klassische Einwanderungsregion war, heute aber die höchste Auswanderungsquote der Welt aufweist. Boliviens Präsident Evo Morales sprach von einer „Richtlinie der Schande“ und drohte, ebenso wie der ecuadorianische Präsident Rafael Correa, mit einer Aussetzung der Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Andengemeinschaft, der venezolanische Präsident Hugo Chávez gar mit der Einstellung der Erdöllieferungen nach Europa. Im Zentrum aller Kritik steht der Vorwurf der historischen Undankbarkeit Europas. Deutlich wird dies vor allem anhand der Äußerungen der argentinischen Staatschefin Cristina Fernández de Kirchner: „Es schmerzt uns besonders, dass heute die Lateinamerikaner diskriminiert werden, die in Europa neue Chancen suchen, so wie einst ihre Großeltern ihr Glück in Lateinamerika machten“, sagte sie beim Gipfeltreffen der Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur, dessen Teilnehmer sich darauf verständigten, im Dialog mit Europa auf eine Abmilderung der Richtlinie vor ihrer Verabschiedung hinzuwirken.

Angesichts dieser massiven Kritik und ihrer beachtlichen medialen Präsenz stellt sich die Frage nach der tatsächlichen Stärke, den Ursachen und den Gründen der Migration aus Lateinamerika nach Europa.

Größenordnung der Migration aus Lateinamerika

Nach Schätzungen der EU-Kommission kommen jährlich etwa 500.000 illegale Einwanderer nach Europa. Insgesamt dürften sich gegenwärtig ungefähr **viereinhalb bis acht Millionen** illegale Migranten in der EU aufhalten, viele davon – auch wenn die geographische Lage zunächst etwas anderes vermuten lässt – aus Lateinamerika. Migranten aus dieser Region nutzen die legale Einreise mittels Touristen- oder Besuchsvisa, um nach Ablauf des Visums unterzutauchen und in Europa zu bleiben. Wie viele von ihnen tatsächlich in Europa leben, lässt sich naturgemäß nicht feststellen, da es unmöglich ist, verlässliches Datenmaterial zur illegalen Einwanderung zu erstellen. Möglich ist allenfalls eine ungefähre quantitative Festlegung anhand grober Schätzungen, die sich vor allem auf die Anzahl der aufgedeckten illegalen Arbeitsverhältnisse stützen. **Angenommen wird, dass derzeit rund zwei Millionen Lateinamerikaner mit illegalem Status in der EU leben.** Die Mehrzahl hat sich in Spanien niedergelassen, wo sie hinter den Marokkanern die zweitgrößte Einwanderungsgruppe bilden. Die **stärksten Zuwanderungen** erfolgen aus den politischen und wirtschaftlichen Krisenstaaten **Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kolumbien und Paraguay.** Von den in Spanien lebenden geschätzten 227.000 - 250.000 Bolivianern verfügen weniger als ein Drittel über eine Aufenthaltsgenehmigung. Ähnlich verhält es sich auch bei den rund 500.000 Ecuadorianern.

Ursachen der Migration aus Lateinamerika

Bis zu den 80er Jahren war das Profil südamerikanischer Migration von der Flucht vor Militärdiktaturen und Bürgerkriegen geprägt. Heute stellt sie die Folge politischer und wirtschaftlicher Fehlentwicklung dar. Im Vordergrund steht die **Arbeitsmigration**. Ihre Hauptfaktoren sind Armut, Arbeitslosigkeit, ein niedriges Lohnniveau, keine oder eine nur schlechte Sozialfürsorge und geringe Chancen auf berufliches Fortkommen oder sozialen Aufstieg. Als politisch - gesellschaftliche Motive gelten die **hohe Kriminalität, Rechtsunsicherheit, steigende Gewalt** und eine häufig **geringe demokratische Partizipation**.

Folgen der Migration in Europa und Lateinamerika

Folge der Arbeitsmigration ist die Besetzung regulärer Arbeitsplätze durch illegal Beschäftigte, vorwiegend in den Bereichen des Baugewerbes, der Landwirtschaft, der Gastronomie und des Reinigungsdienstes. Um staatlichen Einnahmeverlusten und der Ausbeutung illegal Beschäftigter zu begegnen, haben Spanien und Italien in der Vergangenheit Sonderverfahren zur Legalisierung erwerbstätiger illegaler Einwanderer durchgeführt und ihnen so die Möglichkeit gegeben, legale Papiere und eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen. Nachteil derartiger Legalisierungsangebote ist, dass durch sie weitere Anreize für illegale Einwanderung geschaffen werden könnten.

Andererseits dürften die Bemühungen, die Migration aus Lateinamerika einzudämmen, eine **Intensivierung der Beziehungen zwischen Herkunfts- und Empfängerstaaten** bewirkt haben. Im Falle Spaniens führte dies unter anderem dazu, dass sich das Land seit Ende der 90er Jahre, neben den USA, in den Bereichen politischer Dialog, Handel, Investitionen und Entwicklungszusammenarbeit zum wichtigsten bilateralen Partner Lateinamerikas entwickelte. Investiert wurde vor allem in den Telekommunikations-, Banken- und Energiesektor.

Infolge der Migration treten **Strukturveränderungen in den Herkunfts- und Aufnahmeländern** ein. So sind in Lateinamerika beachtliche **Rentenstrukturen durch private Geldrücktransfers (sogenannte Rimessen)** in die Heimat entstanden. Nach Schätzungen von Fachleuten werden etwa 50 Millionen lateinamerikanische Familien durch diese Gelder unterstützt. Fast immer liegen die privaten Zuwendungen über dem durchschnittlichen Haushaltseinkommen. Die Bedeutung dieser Rimessen und der damit verbundenen Abhängigkeit ist groß. Sie kompensieren rückläufige Direktinvestitionen und Entwicklungshilfe und bilden so einen zentralen Wirtschafts- und Stabilitätsfaktor. Wie wichtig sie sind, zeigt auch die Tatsache, dass in einigen lateinamerikanischen Ländern die ökonomischen Folgen der Auswanderung den Ertrag der einzelnen Wirtschaftszweige übertreffen. Entstanden ist eine Art eigenständiger Wirtschaftszweig, basierend auf dem Export von Arbeitskräften zur Sicherung laufender Transferzahlungen. Dieses System bedarf einer stetigen Erneuerung und führt letztlich zur Entstehung unproduktiver Rentenökonomien, da ein Großteil des Bruttoinlandsprodukts durch die Unterstützungszahlungen der Migranten erzeugt wird. Nach Angaben des International Fund for Agricultural Development, einer Organisation der Vereinten Nationen, flossen im Jahr 2006 aus aller Welt Rimessen in Höhe von 68 Milliarden US-Dollar nach Lateinamerika. Allein bolivianische Migranten schickten 1,1 Milliarden US-Dollar – mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – in ihre Heimat, sichtbar vor allem in Form sogenannter Euro-Häuser („Eurocasas“), gebaut mit Geldern von nach Europa ausgewanderten Verwandten.

Quellen:

- Drekonja, Gerhard (2004): „Lateinamerika wandert aus“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, S. 1051-1055.
- Gratius, Susanne (2005): Ursachen und Folgen der Migration aus Lateinamerika, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 14, S. 165-172.
- International Organisation for Migration (2004): Migration from Latin America to Europe: Trends and Policy Challenges, IOM Migration Research Series 16, Genf.
- Nellen-Stucky, Rachel (2008): Rimessen – Das Milliardengeschäft mit internationalen Geldüberweisungen, Ein Dossier der Erklärung von Bern.
- World Bank (2007): Migration and Remittances, Factbook 2008.

Verfasser/in: MRn Dr. Ursula Bell / gepr. RK'n Silvia Woskowski, Fachbereich WD 2, Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit u. Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe